

HEUTE DIE ZUKUNFT SICHERN

Standortentwicklung in Zeiten der Transformation

Haushaltsrede 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

wir leben in einer Zeit der Transformation. Angetrieben durch die Globalisierung, die Digitalisierung sowie den demografischen Wandel und der Klimakrise entstehen neue Denk-, Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsformen, während die alten Modelle noch existieren.

Wir stehen am Beginn einer Ära, die ohne fossile Energie auskommen muss. Die digitale Revolution verändert unser soziales Miteinander und unsere Arbeitswelt in einem Ausmaß, das wir noch gar nicht abschätzen können. Auch unsere Gesellschaft wandelt sich: Die Relation zwischen den jungen und älteren Generationen hat sich verschoben, was große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, unser Gesundheits- und Pflegesystem und die Rente hat. Gleichzeitig erleben wir die höchste Fluchtwelle seit dem Jahr 1950. Und das alles, während der Klimawandel immer stärker auf unsere Existenzbedingungen einwirkt.

Die Gleichzeitigkeit und das hohe Tempo der Veränderungen erzeugen Spannungsfelder und Brüche, die uns gesamtgesellschaftlich herausfordern. Das ist aber kein Grund in Pessimismus zu verfallen und Zukunftsängste zu haben. Denn wir haben die Voraussetzungen, um die anstehenden Transformationen zu bewältigen.

Deutschland ist die viergrößte Volkswirtschaft der Welt. Der Stand unserer Bildung und Technologie ist sehr hoch. Ich möchte die vor uns liegenden Herausforderungen nicht kleinreden. Klimaneutral zu werden und gleichzeitig unsere Wirtschaftskraft zu erhalten – das wird ein Kraftakt. Aber es ist meiner Meinung nach möglich und gleichzeitig alternativlos.

Dafür braucht es ein neues Denken und vor allem eine andere Haltung. Die zunehmende Entfremdung der Bundespolitik von der gesellschaftlichen Basis und deren Lebensrealität ist gefährlich. Wir müssen aus dem Modus der reinen Willensbekundungen sowie den ideologisch und dogmatisch geführten Diskussionen herauskommen – ganz besonders die Bundes- und Landespolitik. Jetzt sind Lösungen gefragt.

In den vergangenen Jahren hat die kommunale Ebene klar formuliert, was sie für die Bewältigung der Herausforderungen unserer heutigen Zeit benötigt: zuvorderst einen schnellen Abbau von Standards und Bürokratie sowie die Anerkennung von Kapazitätsgrenzen der öffentlichen Verwaltung und eine Priorisierung der Aufgaben.

Leider sind diese Appelle meiner Wahrnehmung nach bislang ohne spürbare Wirkung verhallt. Beständig werden neue Gesetze beschlossen, die das Arbeitspensum in unserer Kreisverwaltung und auch bei den Städten und Gemeinden weiter erhöhen und Verfahren diffiziler statt einfacher machen. Auch der Großteil der Bevölkerung tritt den Behörden unverändert mit einer sehr hohen Anspruchshaltung gegenüber, ohne zu hinterfragen, wie der Staat das in Zeiten des Fachkräftemangels und zurückgehender Steuereinnahmen alles leisten soll, oder ohne zumindest etwas Geduld und Verständnis zu zeigen.

Wirtschaftslage

Schon letztes Jahr hat sich abgezeichnet, dass die Folgen des russischen Angriffskrieges und der gestörten Lieferketten für die deutsche Wirtschaft schwerwiegend sein werden. Zwar haben sich die Energiepreise nach einem steilen Anstieg wieder eingependelt – allerdings auf hohem Niveau. Zusammen mit den gestiegenen Zinsen, anhaltenden Lieferengpässen und überall knappen Arbeitskräften halten sie die **Inflation** auf einem hohen Niveau von aktuell **3,8 Prozent**. Diese für die Wirtschaft toxische Mischung wirkt sich auf die Kauflust im Allgemeinen sowie besonders auf Investitionsvorhaben, Produktion und Exportentwicklung klar negativ aus. Wir erleben eine Rezession. Das **Bruttoinlandsprodukt** schrumpft seit Ende 2022 und lag im 2. Quartal um **0,5 Prozent** unter dem Vorjahresniveau.

Betrachtet man aktuelle Frühindikatoren wie Auftragseingänge und das Geschäftsklima, deutet vorerst nichts auf eine nachhaltige wirtschaftliche Belebung in Deutschland hin. Die Steuereinnahmen gehen zurück und wir müssen perspektivisch mit weniger Mitteln wirtschaften. Diese Entwicklung steht diametral zum wachsenden Anspruch und Umfang unseres Arbeitspensums.

Vertrauens- statt Misstrauenskultur

Wir müssen unsere Energie auf jene Aufgaben konzentrieren, die zentral für die Sicherung unseres Wohlstands und die Zukunftsfähigkeit unseres Sozialstaates sind. Dafür brauchen wir einen Bürokratieabbau. Das sehen auch unser Bundeskanzler Olaf Scholz sowie andere Politikerinnen und Politiker, die Wirtschaft und die Bürgerschaft so. Dabei benennt keine der Gruppen, wie der viel beklagte Paragraphendschungel entstanden ist – nämlich durch ihre eigenen Wünsche und Ansprüche. Wir

leben in einer Gesellschaft, in welcher der Staat jeden Sonderfall berücksichtigen und jedes Risiko im Vorfeld ausschließen soll. Individualisierte Lösungen zu finden und alle Eventualitäten durchzuprüfen kostet sehr viel Zeit. Zeit, die wir angesichts der hohen Dynamik, mit der sich unsere Welt verändert, nicht haben.

Hinter dem Versuch, Regeln für alles zu schaffen, steht eine grundsätzliche Misstrauenskultur, die sich auch aus Ängsten speist; wie

- die Angst, Behörden könnten etwas unbedacht oder willkürlich entscheiden,
- die Angst, jemand könnte das System zu seinem eigenen Vorteil ausnutzen, oder
- die Angst, man könnte selbst zu kurz kommen.

Diese Ängste und ihre Folgen lähmen unsere Entwicklung. Die Voraussetzung für den grundsätzlichen Abbau von Bürokratie ist deshalb Vertrauen – Vertrauen in die öffentliche Verwaltung, Vertrauen in die Kompetenz und Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene, Vertrauen in die Wirtschaft und unsere Bürgerinnen und Bürger.

Entlastung des Staates für den erfolgreichen Wandel

Die Einzelfallfokussierung muss einer stärkeren Gemeinwohlorientierung weichen. Gleichzeitig brauchen wir in unserer Gesellschaft wieder mehr Eigenverantwortung und bürgerschaftliches Engagement. Nur wenn wir den Staat entlasten, kann er der planende, langfristig denkende Akteur werden, den wir in Zeiten des Wandels brauchen.

Unser Sozialstaatsprinzip basiert auf einer Balance von sozialer Sicherheit sowie individueller Verantwortung und Leistung. Durch die demografischen Veränderungen gerät diese Balance zunehmend in Schieflage. Immer weniger Menschen sorgen für immer mehr Mitmenschen – finanziell durch ihre Abgaben und ganz persönlich in Form von Arbeitsleistung. Wir können die arbeitende Bevölkerung nicht immer stärker belasten und müssen anerkennen, dass der Staat in Zeiten knapperer finanzieller und personeller Ressourcen keine Rundumvor- und -fürsorge leisten kann.

Eckpunkte / Einflussgrößen des Haushalts

Die Entwicklung der Zahlen in unserem Kreishaushalt sprechen eine klare Sprache: 2023 waren die Aufwendungen erstmals höher als die Erträge. Leider setzt sich diese Entwicklung fort und intensiviert sich. Mit einem **Volumen** von knapp **340,7 Millionen Euro** liegt der Haushalt 2024 noch einmal deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die **vorläufige Steuerkraftsumme** der Kreismunicipalitäten ist zwar im Vergleich zum Vorjahr um knapp **10,4 Millionen Euro** gestiegen und auch die **OEW-Ausschüttung** fällt mit **12,6 Millionen Euro** deutlich höher aus, als in den vergangenen Jahren. Angesichts der explodierenden Mehrkosten in vielen Bereichen hilft uns das allerdings nur bedingt. Zumal auch die Erträge aus der **Grunderwerbssteuer** auf **10 Millionen Euro** zurückgegangen sind.

Investitionen

Letztes Jahr lagen wir mit **Investitionen** von 15,6 Millionen Euro weit unter den üblichen Größenordnungen. Das verhalf uns zu einem gewissen Puffer. Ab 2024 hingegen baut sich wieder eine Investitionswelle auf. Wir

liegen im kommenden Jahr mit **21,8 Millionen Euro** wieder im Normalbereich.

Für das Jahr 2024 sind folgende Investitionsschwerpunkte vorgesehen:

- Das **Alb-Donau Klinikum** mit rund **6,9 Millionen Euro**,
- die **Straßenmeistereien** mit **2 Millionen Euro**,
- unsere **Kreisstraßen und Radwege** mit etwa **5,2 Millionen Euro**,
- sowie **2 Millionen Euro** für den **Umbau des Eingangsbereichs** im Gebäude A und **1 Million Euro** für den Grunderwerb und die Planung der **Erweiterung unseres Gebäudes B**.

Ab 2025/26 folgt dann auf die Investitionsdelle der letzten Jahre ein „Investitions-Tsunami“. Auf der Agenda stehen die Investitionen für die Sonderbucher Steige, die Schulen, den Neubau des Alb-Donau Klinikums in Ehingen, die energetischen Sanierungen unserer Gebäude sowie die vorgesehene räumliche Erweiterung der Kreisverwaltung.

Gestiegene Kosten wirken sich deutlich im Haushalt 2024 aus

Diese Projekte umzusetzen, wird durch die stark gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten anspruchsvoller. Die allgemeine Teuerung merken wir schon in diesem Jahr deutlich. Allein der **Zuschussbedarf im ÖPNV** erhöht sich um weitere 23,4 Prozent auf **13,2 Millionen Euro**.

Hinzu kommen die **Tariferhöhungen**, welche die Personalaufwendungen um knapp **5,2 Millionen Euro** steigen lassen und das betriebliche **Defizit des Alb-Donau Klinikums**, das mit **7,1 Millionen Euro** weiterwächst. Im **Sozialhaushalt** verzeichnen wir eine enorme Kostensteigerung. Der **Zuschussbedarf im Bereich der Transferleistungen** wächst um **8 Millionen Euro**.

2024 müssen wir erneut mit einem **Defizit** planen. Dieses liegt mit knapp **9 Millionen Euro** deutlich stärker im negativen Bereich als im vergangenen Jahr. Mit den Investitionen ergibt sich insgesamt ein Finanzmittelbedarf von **21,4 Millionen Euro!** Das ist eine gewaltige Summe.

Kreisumlage

Trotz der angespannten Haushaltssituation sehe ich in unserem Haushaltsentwurf keine **Erhöhung der Kreisumlage** vor. Die finanziellen Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden verengen sich genauso wie unsere. Im Sinne des guten partnerschaftlichen Miteinanders, das wir seit Jahren in der kommunalen Familie pflegen, möchte ich Ihnen, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, vorschlagen, sie bei **26,5 Prozent** zu belassen und das Defizit im Ergebnishaushalt durch eine Entnahme aus der Rücklage auszugleichen. Aktuell haben wir diese Möglichkeit noch und ich möchte sie gerne nutzen, um die Städte und Gemeinden in diesen ohnehin schwierigen Zeiten nicht zusätzlich zu belasten. Der Alb-Donau-Kreis wird allerdings einer der wenigen Landkreise landesweit sein, der die Kreisumlage nicht erhöht. Die meisten Kreise erhöhen – zum Teil signifikant!

Personal als zentraler Faktor für die Daseinsvorsorge

Nicht nur die finanziellen Mittel werden knapper, sondern auch die Resource Personal. Der Fachkräftemangel betrifft den öffentlichen Dienst genauso wie viele Wirtschaftsbranchen. Das ist ein massives Problem, denn letztlich können wir Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger nur in dem geforderten Umfang gewährleisten, wenn wir Menschen haben, die das täglich tun.

Wir tun viel dafür, als Arbeitgeber konkurrenzfähig zu bleiben. Allein seit 2020 haben wir **50 Maßnahmen** ergriffen, um sowohl für unsere Belegschaft als auch für potenzielle neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Arbeiten im Landratsamt Alb-Donau-Kreis attraktiver zu machen. Die Maßnahmen reichen von erweiterten Möglichkeiten zum Homeoffice und Mobilem Arbeiten, über Zuschüsse zum Deutschlandticket und Fahrradkauf, der neu eingerichteten Mitarbeiter-Lounge, bis hin zu Fleece-Jacken gegen die Kälte im Energiesparbetrieb und gemeinsamen Sportaktivitäten mit Trikots im Landratsamt-Design. Einige dieser Benefits gehen direkt auf Rückmeldungen aus der Entwicklung unserer **Marken-Philosophie** zurück und sind erste sichtbare Ergebnisse eines Prozesses, der uns stärker im Wettbewerb um Fachkräfte machen, aber auch die Wertschätzung und Motivation im Haus stärken soll.

Für die individuelle Qualifizierung und Förderung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln wir unser **hauseigenes Kompetenzentwicklungsprogramm** und das **Nachwuchsführungskräfteprogramm** konsequent weiter. Und selbstverständlich möchte ich weiterhin so viele Stellen wie möglich unbefristet ausschreiben oder entfristen, um im Konkurrenzkampf mit anderen Arbeitgebern zu bestehen und gutes Personal verlässlich an uns zu binden. Im kommenden Jahr beantragen wir die **Entfristung** von insgesamt **24,5 Stellen**, weil die Aufgaben dauerhaft bestehen und die Mittel bereits im Haushalt sind.

Wir dürfen uns aber auf den bisherigen Maßnahmen nicht ausruhen, denn wir stehen am Anfang einer Zeit, in der wesentlich mehr Menschen in den Ruhestand gehen, als nachkommen. Deshalb müssen wir uns in diesem Bereich laufend weiterentwickeln und um jede Arbeitskraft kämpfen.

Im Haushalt 2024 sind **Personalaufwendungen** in Höhe von **60,4 Millionen Euro** veranschlagt, 9,4 Prozent mehr als im Vorjahr – unter anderem wegen der hohen Tarifabschlüsse des letzten Jahres. Trotzdem ist es für uns unerlässlich, dass wir uns an die **Stellenbewertungen der großen Nachbarn anpassen**. Tun wir das nicht, gehen wir das Risiko ein, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an andere Behörden zu verlieren, weil sie dort für die selbe Tätigkeit besser bezahlt werden.

Der **Stellenplan der Kreisverwaltung** wächst in Folge von Gesetzesänderungen oder Gremienbeschlüssen in diesem Jahr um **9,75 Stellen**. Davon sind bereits 2,8 Stellen von Bund und Land finanziert oder als Personalausgaben etatisiert. **Neu zu finanzieren** sind im Haushalt knapp **7 Stellen**.

Aber wie gesagt: Stellen schaffen ist die eine Sache, sie zu besetzen die andere.

Anhaltend hoher Zustrom von Geflüchteten

Für die Ausländerbehörde erhalten wir oft trotz mehrfacher Ausschreibungen keine Bewerbungen mehr. Viele Stellen sind vakant. Verwaltungsfachkräfte wissen, dass die Tätigkeit dort nicht nur rechtlich anspruchsvoll ist, sondern auch auf emotionaler Ebene sehr herausfordernd. Der Publikumsverkehr in der Ausländerbehörde lässt sich ohne Sicherheitsdienst leider nicht mehr bewältigen. Immer wieder kommt es zu sehr heftigen Reaktionen, so dass die Polizei gerufen werden muss. Das führt zu einer hohen Fluktuation und wirkt auf potenzielle Bewerberinnen und Bewerber abschreckend. Um hier gleichzeitig mehr Sicherheit

und bessere Arbeitsplätze, aber auch mehr Kundenorientierung und Servicequalität zu schaffen, wollen wir im nächsten Jahr unseren **Eingangsbereich im Gebäude A** umbauen. Dafür sind **2 Millionen Euro** im Haushalt 2024 vorgesehen.

Auch 2023 kamen sehr viele Geflüchtete zu uns. Für uns als Kreisverwaltung sowie für die Städte und Gemeinden bedeutet die andauernde Unterbringung und Integration so vieler Menschen eine große Herausforderung. Wir haben die Anzahl der Plätze für Geflüchtete in den Gemeinschaftsunterkünften stark erhöht: von 447 Plätzen in sieben Unterkünften Ende 2021 auf aktuell knapp 2.000 Plätze in 23 Unterkünften. Zusätzlich unterhalten wir eine Behelfsunterkunft in der Jahnhalle in Erbach. Auch für minderjährige Geflüchtete mussten wir Notfallplätze einrichten. Unsere Ausländerbehörde, unser Fachdienst Flüchtlinge, Integration, staatliche Leistungen und unser Jugendamt sind seit eineinhalb Jahren maximal gefordert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten mit außerordentlich hohem Engagement. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken! Sie stoßen allerdings teilweise auch an ihre Belastungsgrenzen.

Immer wieder Unterbringungen aufzutun, immer weiteres Personal für die Betreuung und Integration zu finden, ist in Zeiten des Fachkräfte- und Wohnraummangels schlicht nicht möglich. Im Laufe dieses Jahres haben die Landkreise und die Kommunen die Bundesregierung wiederholt darauf hingewiesen, dass ihre Kapazitäten zur Aufnahme weiterer Menschen bald erschöpft oder schon überschritten sind. Wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der Migration und eine spürbare Entlastung der Landkreise und Kommunen lassen aber weiter auf sich warten. Dabei sind die Mittel des Bundes ebenfalls begrenzt: Der Bundeshaushalt 2024

sah vor, die Zuschüsse für die Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten deutlich zu reduzieren – und das alles während der Zustrom an Geflüchteten ungebrochen ist und die Fachkräftezuwanderung erhöht werden soll. Zudem will das Land Baden-Württemberg das bislang sehr erfolgreiche Integrationsmanagement ab 2025 auf einen jährlichen Planungsrahmen umstellen. Wir wissen nicht, wie sich das auf die Stellenanzahl in diesem Bereich auswirkt. Mehr werden es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht, eher weniger, obwohl unsere Integrationsleistungen schon heute in Anbetracht des hohen Zustroms nicht ausreichen.

Das Resultat ist eine in weiten Teilen unkontrollierte Zuwanderung, bei deren Bewältigung die kommunale Ebene immer stärker alleine gelassen wird. Das ist nicht nur politisch fahrlässig, weil dies dem politisch rechten Rand in die Karten spielt, sondern auch volkswirtschaftlich. Migration birgt ein hohes wirtschaftliches Potential. Eine Untersuchung der OECD zeigt, dass Deutschland bei der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt deutlich mehr tun muss. Laut dieser Studie lag in Ländern wie den Niederlanden, Litauen, Estland und im Vereinigten Königreich der Anteil der ukrainischen Flüchtlinge, die einer Beschäftigung nachgingen, bereits im Januar 2023 bei über 40 Prozent, während es in Deutschland laut Bundesagentur für Arbeit bis heute nur rund 19 Prozent sind. Bei den anderen Gruppen von Geflüchteten mit Bleiberecht sieht es im Vergleich ähnlich aus.

Das wirft viele Fragen auf und zeigt den dringenden Handlungsbedarf auf Bundesebene, innen- wie außenpolitisch. Wenn die Aufnahme von Geflüchteten, wie unsere Regierung immer betont, auf europäischer Ebene solidarisch gelöst werden soll, muss sich Deutschland zumindest

in Teilen an die Handlungsstrategien der anderen europäischen Länder anpassen und sich selbst solidarisch verhalten.

Sozialausgaben

Deutschland leistet sich sehr hohe Sozialausgaben. In den vergangenen Jahren kamen immer weitere Leistungen hinzu. Der Bereich Jugend und Soziales ist mit schätzungsweise knapp **162 Millionen Euro** auch in diesem Jahr wieder der größte Posten in unserem Kreishaushalt. Die ordentlichen Aufwendungen haben sich innerhalb eines Jahres um **16,9 Millionen Euro** erhöht. Die Sozialausgaben steigen somit weiter und das Defizit liegt mit **98,5 Millionen Euro** deutlich über dem Aufkommen aus der Kreisumlage.

BTHG

Ein Ende der Entwicklung ist vorerst nicht in Sicht. Die Reform des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) bringt hohe Kostensteigerungen mit sich. Die Gesamtsumme hängt letztlich von den Erstattungen des Landes ab. Noch ist nicht klar, wie hoch diese sein werden. Allein 2024 betragen die **reformbedingten Mehrkosten 9,5 Millionen Euro**. Auch der personelle Aufwand, der mit der Umsetzung verbunden ist, ist enorm. Was davon tatsächlich bei den Betroffenen ankommt, ist noch unklar.

Das Ehrenamt als Stütze der Gesellschaft

Die unaufhörliche Steigerung der Kosten im Bereich Soziales liegt einerseits daran, dass sich durch Gesetzesänderungen, den demografischen Wandel und die Zuwanderung die Empfängerkreise ständig erweitern, andererseits, dass wir hier in besonderer Weise eine Stärkung von Partikularinteressen verzeichnen. Durch die Vormundschaftsreform, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz oder die BTHG-Reform müssen die

Fälle immer individueller bearbeitet werden. Das kostet Zeit und erfordert viel Personal.

Das scheint dem Gesetzgeber durchaus bewusst zu sein. Immer mehr Beschlüsse fordern, das Ehrenamt als personelle und fachliche Resource einzubinden. Das Sozialdezernat bemüht sich intensiv darum, das Ehrenamt zu bewerben und Freiwillige zu akquirieren. Das Ehrenamt ist zweifellos eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Ob sich dieses staatlich verordnen lässt, da bin ich mir nicht sicher. In jedem Fall danke ich allen Ehrenamtlichen von Herzen für Ihren Einsatz für unsere Gemeinschaft. Das kann man nicht hoch genug wertschätzen. Herzlichen Dank!

Standortsicherung mit Blick auf das Machbare

Wir müssen uns fragen, wie lange die Sozialausgaben immer weiter steigen können und ob der stetige Ausbau von Leistungen in unserer Situation richtig ist. Wenn dieser Posten in unserem Haushalt immer größer wird, geht das zu Lasten anderer Projekte.

Dabei müssen wir **jetzt** die Weichen für eine nachhaltige, klimaneutrale Zukunft und den Erhalt unserer Wirtschaftskraft stellen. Nur eine florierende Wirtschaft erbringt die Steuereinnahmen, die wir als öffentliche Hand für die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben brauchen. Die Erkenntnis, dass wirtschaftliche Leistung die Voraussetzung für die Bewältigung der riesigen Herausforderungen im Hinblick auf den Wandel von Klima und Demografie sowie der digitalen Revolution ist, muss sich wieder stärker in der Politik und vor allem in der Bevölkerung durchsetzen. Nur wer etwas leistet, kann sich etwas leisten.

Wie viele und welche Aufgaben in der ökologisch-sozialen Transformation von der öffentlichen Verwaltung übernommen werden sollen, und welche privat bewältigt werden müssen, muss dringend von den politisch Verantwortlichen und der Gesellschaft verhandelt werden. Klar ist aber, dass es Herausforderungen gibt, um die sich die öffentliche Hand kümmern muss, weil sie nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht gelöst werden können.

Digitalisierung

Das zeigt das Beispiel des Breitbandausbaus. Deutschland hat es in den wirtschaftlich erfolgreichen 2010er Jahren versäumt, seine Infrastruktur für die Zukunft zu ertüchtigen. Deshalb ist im Alb-Donau-Kreis die kommunale Ebene als Ausfallbürge eingesprungen. Das **651 km** lange kreisweite **Backbone-Netz** ist komplett errichtet und wir befinden uns längst im **Flächenausbau**. Knapp **130 km FTTB-Trassen** sind schon verlegt. Unser Ziel ist es, dass der Alb-Donau-Kreis 2025 flächendeckend gabitfähig und damit führend im Land sein wird.

Das ist eine große Gemeinschaftsleistung von unseren Städten und Gemeinden mit dem Landkreis und Komm.Pakt.Net sowie als neuer Player der OEW Breitband GmbH. Bislang wurden Glasfasernetze für über **100 Millionen Euro** verbaut, weitere Ausbauprojekte im Umfang von rund **110 Millionen Euro** sind in der Umsetzung. Durch die **OEW** wurden nun neue Glasfaserausbauprojekte in unserem Landkreis im Umfang von circa **314 Millionen Euro** gestartet. Der Alb-Donau-Kreis ist auch hier der Pilotlandkreis, der vorangeht. Der erste Spatenstich der OEW war kürzlich in Griesingen – ein geradezu epochales Ereignis!

In der Summe werden also **über eine halbe Milliarde Euro** in kommunale Glasfasernetze investiert! Möglich wurde dies durch die Bundes- und Landesförderung, wofür ich dem Bund und insbesondere dem Land sehr herzlich danke!

Auch ein flächendeckendes **LoRaWAN**-Netz (Low Range-Wide Area-Network) gehört längst zur digitalen Infrastruktur des Landeskreises. Die **5G-Mobilfunkplanung** in Kooperation mit der Netze BW hat in diesem Jahr ebenfalls gute Fortschritte gemacht. Stand jetzt wurden **zehn neue Funkstandorte** für den Mobilfunk gefunden und die Netzabdeckung verbessert. Zusammen mit unserem **Digitalisierungszentrum Ulm | Alb-Donau | Biberach** bieten wir Unternehmen gute Voraussetzungen dafür, den digitalen Wandel erfolgreich zu meistern.

Auch als Kreisverwaltung werden wir digitaler: 19 von 25 Fachdiensten oder Stabsstellen und auch der Landratsbereich haben die **eAkte** entweder bereits eingeführt oder sind dabei. Zudem bieten wir über „**Service BW**“ **über 150 Leistungen** des Landratsamtes Alb-Donau-Kreis digital an. Damit sind wir unter den Spitzenreitern in Baden-Württemberg.

Energiewende als entscheidender Faktor für den Wohlstandserhalt

Ein entscheidender Faktor für unsere künftige Wirtschaftsstärke und unseren künftigen Lebensstandard wird das Gelingen der Energiewende sein. Denn der Atomausstieg ist vollzogen, der Zeitplan für den Ausstieg aus Braunkohle und Steinkohle steht und ist ambitioniert. Deshalb ist es zwingend, dass wir den Strom aus erneuerbaren Energien erhalten.

Dass wir in eine Situation kommen könnten, in der die Versorgung mit Energie nicht ausreichend gesichert ist, ist für viele Menschen schwer

vorstellbar. Diese Gefahr ist aber aus mehreren Gründen real: Zum einen, weil die Energiewende bislang hinter dem erforderlichen Zeitplan liegt und damit nicht synchron zum Kohleausstieg verläuft. Und zum anderen, weil die Digitalisierung sowie der Umstieg auf alternative Wasserstoff- oder E-Antriebstechnologien in Verkehr und Wirtschaft Unmengen an Strom verschlingen und den Verbrauch in den kommenden Jahren deutlich erhöhen werden. Eine **Studie des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Ulm** geht davon aus, dass sich in unserer Region der Strombedarf bis 2040 um den **Faktor 1,6** erhöht!

Die Energieversorgungssicherheit ist aber ein zentraler Standortfaktor für die Wirtschaft. Wenn wir unsere Wirtschaftskraft erhalten wollen, müssen wir als Kreis den Ausbau erneuerbarer Energien offensiv unterstützen und alles daransetzen, dass wir bilanziell autark in der Energieversorgung werden. Denn wir in Süddeutschland liegen am Ende der geplanten Wasserstoff- und Starkstromtrassen, deren Ausbau nur äußerst schleppend vorankommt.

Potenzialanalyse für Energieautarkie

Zudem müssen die Energieversorger ihre Netze ertüchtigen und so dimensionieren, dass diese enormen Strommengen eingespeist werden können. Mit den jetzigen Leitungen ist dies nicht im erforderlichen Maß möglich. Die **Ertüchtigung dieser Netze** ist ein gigantisches Infrastrukturprojekt, bei dem Prioritäten entsprechend der Ausbauplanung gesetzt werden sollten. Wir sind dazu mit den Stromnetzbetreibern bereits im Gespräch.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien befindet sich im Alb-Donau-Kreis auf einem guten Weg: Beim Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen liegen wir landesweit an erster Stelle, im Bereich der Solaranlagen auf Dächern sind wir ebenso in der Spitzengruppe. Mit **44 Windkraftanlagen** in unserem Gebiet haben wir auch hier eine Vorreiterrolle in Baden-Württemberg inne. Wir würden gerne mehr Windkraftanlagen zulassen, werden aber momentan durch die politischen Rahmenbedingungen ausgebremst.

Auf dem Weg zur Autarkie mit Strom aus erneuerbaren Energien möchten wir auch neue Wege beschreiten: So forcieren wir zusammen mit der Netze BW den Bau von **Freiflächenphotovoltaik** auf vorbelasteten Flächen **entlang der ICE-Schnellbahntrasse und der Autobahn A 8 sowie entlang der übrigen Bahnstrecken**. Alle betroffenen Fachdienste in unserem Haus haben gemeinsam eine **Leitlinie** erarbeitet, die beschreibt, welche Flächen besonders geeignet und genehmigungsfähig für den Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind. Ziel ist, den Ausbau voranzutreiben, einen Impuls für kommunale Standortkonzepte zu geben, eine Flächenzersiedelung zu vermeiden, wertvolle landwirtschaftliche Böden und naturschutzrelevante Bereiche zu schonen sowie die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Auch für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen haben wir mit dem **Online-Solaratlas** eine einfache Möglichkeit geschaffen, mit wenigen Klicks zu prüfen, inwieweit sich ihr Dach für eine Installation einer Solaranlage eignet und ob sich die Investition lohnt. Dieser tolle Service wird den PV-Ausbau weiter beschleunigen, da bin ich mir sicher!

Mit unserem Modellprojekt „**H2-WANDEL**“ – ehemals „Hy-FIVE“ – bringen wir gemeinsam mit den Städten Ulm und Schwäbisch Gmünd sowie

den Landkreisen Ostalbkreis, Heidenheim, Reutlingen und Tübingen grünen Wasserstoff als Energieträger in die Fläche. Als erstes konkretes Projekt soll in einer Kooperation mit der EnBW und lokalen Unternehmen mit einem Elektrolyseur grüner Wasserstoff bei uns im Alb-Donau-Kreis produziert werden. Dieser soll dann an einer dafür eingerichteten **Wasserstoff-Tankstelle** an der B311 in Ehingen an Lastwagen und Busse abgegeben werden.

Um zu wissen, in welchem Maß wir regenerative Energien im Landkreis zubauen müssen, um unseren Strombedarf auch in der Zukunft ohne Einschränkungen zu decken, habe ich die Netze BW mit einer **Potenzialanalyse** beauftragt. Die Ergebnisse werden Ihnen, liebe Mitglieder des Kreistags, gleich im Anschluss vorgestellt. Die gute Nachricht ist: Wir haben die realistische Chance in der Stromversorgung im Alb-Donau-Kreis bilanziell energieautark zu werden. Die schlechte Nachricht ist: Das wird viel Arbeit erfordern – vor allem auch Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung, in den Städten und Gemeinden.

Uns allen muss bewusst sein: Erneuerbare Energien sind nicht **nice to have**, sondern ein **must have**. Ohne sie werden wir unseren Lebensstandard nicht aufrechterhalten können. Dafür müssen wir uns alle als Multiplikatoren einsetzen. Lassen Sie uns gemeinsam für eine Sache arbeiten und werben, die alternativlos ist – der Ausbau der regenerativen Energien als Beitrag zur Nachhaltigkeit in allen drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales.

Nachhaltigkeit als oberste Maxime

Dieses Bewusstsein für nachhaltiges Handeln wollen wir über die **Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)** weiter stärken und wir wollen als Landkreis mit unserer **Nachhaltigkeitsstrategie** selbst Vorbild sein. Unsere vom Kreistag beschlossenen Nachhaltigkeitsziele sind wegweisend.

Steigende Kosten im ÖPNV

In den vergangenen zwei Jahren haben wir Enormes geleistet, um den ÖPNV nachhaltiger und attraktiver zu machen. Durch ein neues Verfahren sind die Umwelt- und Kundenfreundlichkeit nun zentrale Kriterien bei der Vergabe von Busverkehren. Durch die **Mehrverkehre auf der Südbahn und der Donaubahn**, die Einführung unserer **ADKflex-Rufbusse**, die Eröffnung des **Bahnhofs Merklingen** und das neue **Busliniensystem auf der Laichinger Alb** haben wir das ÖPNV-Angebot um rund 80 Prozent erhöht! Und mit den **Neuvergaben der Linienbündel für die Bereiche Langenau und die Illerschiene** haben wir im Buslinienverkehr die Zielausbaustufe für die Verkehrswende und den Klimaschutz bereits erreicht.

Leider kann man das für den Schienenverkehr nicht behaupten. Der Ausbau, für den Bund und Land zuständig sind, bleibt deutlich hinter den Absichtserklärungen zurück. Das finde ich sehr enttäuschend.

Klimaschutz kostet Geld. Wer die Verkehrswende wirklich will, muss Geld dafür in die Hand nehmen – das zeigt sich in unserem Haushalt deutlich. Durch die gestiegenen Lohn- und Energiekosten summiert sich der **Zuschussbedarf für den ÖPNV** im Alb-Donau-Kreis auf insgesamt rund **13,2 Millionen Euro**. Wenn die Kostenentwicklung so weitergeht,

müssen wir in anderen Bereichen kürzertreten. Doch selbst dann ist nicht gesagt, dass wir den ÖPNV mit diesem tollen Angebot aufrechterhalten können. Der **Fachkräftemangel** bei den Busfahrern sorgt schon jetzt für ungewollte Ausfälle.

Als zusätzliche Herausforderung kommt die Umsetzung der „**Clean Vehicle Directive**“ hinzu: Diese EU-Richtlinie gibt Grenzen für die CO₂- und Luftschadstoffemissionen von Fahrzeugen vor. Das erfordert die Beschaffung neuer emissionsfreier oder -armer Fahrzeuge, was wünschenswert ist, aber massiv Geld kosten wird. Als Folge müssen entweder die Fahrgasttarife steigen oder die Fahrleistungen gekürzt werden, da wir das mit Kreismitteln nicht mehr finanzieren können.

Radwege

Wenn es nach der Landesregierung geht, soll im Rahmen der Verkehrswende bald jeder zweite Weg selbstaktiv per Fuß oder Fahrrad zurückgelegt werden. Dafür braucht es ein gut ausgebautes **Radwegenetz**, woran wir intensiv arbeiten. Wir haben in den vergangenen Jahren viele Lücken in diesem Netz geschlossen. Weitere, teils kreisübergreifende Verbindungen sind in Planung. Dafür stellen wir rund **1,9 Millionen Euro** in unserem nächsten Kreishaushalt bereit.

Kreisstraßen

Die verkehrliche Anbindung und Erreichbarkeit sind zentrale wirtschaftliche Standortfaktoren. Die hohe Bedeutung unserer Kreisstraßen wird auch über die Verkehrswende hinaus bestehen bleiben. Auch wenn wir den Individualverkehr reduzieren wollen, werden wir diesen in unserem ländlich strukturierten Landkreis immer benötigen. Dafür und für den

straßengebundenen ÖPNV sowie die Dienstleistungs- und Transportunternehmen brauchen wir auch in der Zukunft eine gut erhaltene und bedarfsgerechte Infrastruktur. Deshalb investieren wir im nächsten Jahr **2 Millionen Euro** in **Erneuerungen von Fahrbahnoberflächen** und **Brückensanierungen**.

Was uns im nächsten Jahr ebenfalls sehr beschäftigen wird, ist die **Sanierung und der Teilneubau der Straßenmeistereien Merklingen und Langenau** sowie der **Neubau des Winterdienststützpunkts Lonsee-Ettlenschieß**. Im Haushalt 2024 sind dafür **2 Millionen Euro** eingestellt. Während wir für Merklingen und Langenau aktuell die Grundlagen ermitteln lassen, haben Sie, liebe Kreistagsmitglieder, für Lonsee-Ettlenschieß am 15. Mai 2023 schon einen Baubeschluss gefasst.

„Vertraue auf den Prozess“ – unter dieses Motto kann die Lösungsfindung für die **Sonderbacher Steige** zusammengefasst werden. Durch eine Planungswerkstatt mit Bürgerbeteiligung ist es uns gelungen, im Mai einen Kreistagsbeschluss zu fassen, welcher der lokalen Bedeutung der Sonderbacher Steige und den Wünschen aus der Raumschaft Blaubeuren Rechnung trägt. Zum 1. Januar 2024 stufen wir die Sonderbacher Steige zur Gemeindestraße um. Sie geht damit in die Zuständigkeit der Stadt Blaubeuren über. Selbstverständlich versetzen wir die Sonderbacher Steige wieder in einen ordentlichen Zustand. Dafür haben wir einen öffentlich-rechtlichen Vertrag geschlossen. Das wird uns knapp **6,9 Millionen Euro** kosten, davon **4,7 Millionen Euro reine Baukosten**. Auf den Haushalt 2024 entfallen zunächst **300.000 Euro** für die Planung.

AWA 2023

Ein anderes Projekt haben wir in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen: Die Erneuerung der **Abfallwirtschaft im Alb Donau-Kreis**. Endlich sind wir am Ziel einer kreisweiten systematischen Abfallentsorgung und Mülltrennung. Innerhalb von nur drei Jahren hat unsere Abfallwirtschaft – unter der Leitung von Elke Bossert und Johannes Koepke gemeinsam mit Mitgliedern des Kreistags und der Kommunen – ein vollständig neues Abfall-Entsorgungskonzept für den Alb-Donau-Kreis erarbeitet, das einheitliche Standards im gesamten Landkreis garantiert.

So ein Großprojekt so tadellos umzusetzen, das verdient großen Respekt und Anerkennung. Meinen herzlichen Dank dafür!

Schulen

Bildung ist wegweisend für unsere Zukunft. Nur wenn wir die Fachkräfte von morgen in ausreichender Zahl ausbilden, können wir unsere Wirtschaftskraft erhalten. Deshalb entwickeln wir unsere Schulen kontinuierlich weiter. Ganz aktuell läuft die Sanierung und Erweiterung der **Astrid-Lindgren-Schule** um eine gemeinsame Mensa sowie um zusätzliche Betreuungsräume. Diese Maßnahme führen wir gemeinsam mit der Stadt Ulm durch. Sie wird uns in den nächsten Jahren anteilig knapp **2,5 Millionen Euro** kosten.

Gesundheitliche Versorgung / Kliniken

Eine der größten Herausforderungen unserer nahen Zukunft wird der Erhalt unseres Gesundheitssystems. Wir haben hier im Alb-Donau-Kreis in den vergangenen Jahren ein dezentrales Netzwerk an medizinischen und pflegerischen Einrichtungen aufgebaut, das die stationäre und ambulante Versorgung sektorenübergreifend verbindet.

Der Erhalt dieser Struktur wird zunehmend schwieriger. Wir haben zwar einen hoch professionellen medizinischen Betrieb, der ausgelastet ist. Dennoch reicht das in unserer heutigen Zeit nicht, um ihn auskömmlich zu finanzieren. Waren es früher 3 bis 4 Millionen Euro **Betriebskostenzuschuss**, beläuft sich dieser im Haushalt 2024 auf **7,1 Millionen Euro**. Es liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der ADK GmbH Wege zu finden, um das Defizit bei den Betriebskosten zu verringern und sich dabei auch an freigemeinnützigen und privaten Trägern zu orientieren. Die chronische Unterfinanzierung der Kliniken, die bundesweit viele in ihrer Existenz bedroht, bedarf aber Lösungen auf der Bundes- und Landesebene.

Die ohnehin schon schwierige Finanzlage der Kliniken hat sich seit Februar 2022 durch die explodierenden Energiekosten und die hohe Inflation drastisch verschärft. Die Vergütung für Klinikleistungen ist gesetzlich gedeckelt. Der Bund hat diese bislang nicht angepasst. Deshalb können die Krankenhäuser die enormen Preissteigerungen nicht ausgleichen. Auch die Lohnkostensteigerungen durch die hohen Tarifabschlüsse werden nicht refinanziert – dabei sind wir uns alle einig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens ein gutes Gehalt verdient haben.

Die Folgen dieser Unterfinanzierung sind dramatisch: Rund 77 Prozent der Kliniken in Baden-Württemberg erwarten für 2023 ein negatives Jahresergebnis, knapp 30 Prozent sind insolvenzgefährdet.

Es wird gerade viel über die von Karl Lauterbach angestoßene Klinikreform diskutiert. Diese wird flächendeckend zu Änderungen führen. Wel-

che Folgen sich aus der Krankenhausreform konkret für unser Alb-Donau Klinikum ergeben, kann ich Ihnen heute nicht sagen. Die Planungen sind noch viel zu vage. Wir müssen uns aber auf Veränderungen einstellen. Klar ist, dass wir für zentrale Aspekte der Reform, wie die Einrichtung sektorenübergreifender Zentren mit stationären und überwiegend ambulanten medizinischen und pflegerischen Versorgungselementen, gut aufgestellt sind. Darüber lassen sich Brüche in unserer Struktur vermeiden.

Wir bieten Spitzen-Medizin und wollen das weiterhin tun. Am **Klinikstandort Blaubeuren** gibt es nun die neue Sektion Pneumologie, ein mit Blick auf die demografischen Veränderungen sehr wichtiger medizinischer Bereich, der unser Leistungsspektrum wertvoll erweitert.

In **Langenau** sind die Umbaumaßnahmen inzwischen fast vollständig abgeschlossen. Die Anfahrt für die Krankenwagen wird voraussichtlich im Frühjahr 2024 fertig gestellt.

Am **Klinikstandort Ehingen** wurde im Sommer 2023 das seit 2010 bestehende Herzkatheterlabor mit einem neuen Gerät ausgestattet – dadurch sind nun zwei hochmoderne Herzkatheterlabore in Betrieb für eine Kardiologie auf höchstem medizinischen Niveau. Bestätigt wird dies durch die jüngst erfolgte Auszeichnung als Herzinsuffizienz-Schwerpunktklinik.

Um unser gut aufgestelltes Alb-Donau Klinikum so positiv weiterzuentwickeln, möchten wir im kommenden Jahr **6,9 Millionen Euro investieren**. Zudem widmen wir uns auch 2024 intensiv dem dringend notwendigen

Klinik-Neubau in Ehingen. Die Kosten dafür werden auf rund **300 Millionen Euro** geschätzt.

Nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz haben die im Landeskrankenhausplan ausgewiesenen Kliniken, wie das Alb-Donau Klinikum, den Anspruch auf eine vollständige Investitionskostenfinanzierung durch das Land. Tatsächlich stellt das Land aber bislang nur etwa die Hälfte der benötigten Summen zur Verfügung. Geht man von einer maximalen Förderquote von 60 Prozent aus, wird der Neubau unseren Kreishaushalt auf viele Jahre mit rund **9,5 Millionen Euro** pro Jahr belasten. Rechnet man dann noch den **Betriebskostenzuschuss** mit durchschnittlichen **7 Millionen Euro** und die jährlichen **Investitionen** mit **8 Millionen Euro** hinzu, ergibt sich ein **Finanzmittelbedarf in Höhe von 24,5 Millionen Euro pro Jahr** für den Kreishaushalt. Das sind aktuell gut sieben Kreisumlagepunkte. Das zeigt, wie dringend notwendig eine Anpassung der Klinikfinanzierung durch Bund und Land ist.

Pflegeheime

Unsere Seniorenzentren mit ihren mehr als 600 stationären und teilstationären Plätzen sind unverändert sehr gefragt. Insbesondere bei der Kurzzeitpflege ist die Not der Angehörigen groß, so dass unsere Pflegeheim GmbH immer mehr überregionale Anfragen erhält. Was uns hier nach wie vor beschäftigt, sind der Fachkräftemangel und der Einsatz von kostenintensiven Honorarkräften. Zusammen mit den allgemeinen Kostensteigerungen wird die Pflege dadurch immer teurer. Auch hier muss endlich eine politische Lösung her.

Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,

Sie sehen, unsere ADK GmbH ist sehr gefordert und arbeitet in jedem Segment mit hohem Engagement. Mein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Unternehmensgruppe für ihren großen Einsatz. Stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danke ich Ihnen, sehr geehrte Herren Geschäftsführer Herr Schneider und Herr Dahlmann sowie Ihnen Frau Geschäftsführerin Rist mit Ihren gesamten Teams.

50 Jahre Alb-Donau-Kreis: Von gestern für die Zukunft lernen

2023 war für den Alb-Donau-Kreis ein besonderes Jahr, denn er feierte seinen 50. Geburtstag. Dieses große Jubiläum haben wir über verschiedene Veranstaltungen und Aktionen zelebriert: einen Festakt in Anwesenheit von Innenminister Thomas Strobl, einen Imagefilm und einen Fotowettbewerb, einen Tag der offenen Tür und einen Bildband, den wir Ihnen am 29. November vorstellen werden.

Er zeigt, wie wunderschön und wirtschaftsstarke der Landkreis heute ist. Das belegt auch ein Blick in die Statistiken: Wir haben landesweit seit Jahren die zweitgeringste Arbeitslosenquote und unsere Bevölkerung wächst konstant. Dieses Jahr verzeichnete der Bereich des **Tourismus** Rekordzahlen und übertraf alle bisher dagewesenen Übernachtungsrekorde! Unsere intensive Tourismusarbeit über viele Jahre, auch während der Corona-Pandemie, und die Investitionen in die Eiszeitkunst, zahlen sich für die Region aus. Der Alb-Donau-Kreis ist ein hochattraktiver Standort und Lebensraum – Leben und Arbeiten, dort wo andere Urlaub machen.

Im Rahmen unseres Jubiläums ist uns allen bewusst geworden, dass der hohe Entwicklungsstand unserer Region keine Selbstverständlichkeit ist,

sondern das Ergebnis harter Arbeit. Vor 50 Jahren gehörte der Alb-Donau-Kreis zu den wirtschaftlichen Schlusslichtern im Land. Dass aus einer eher schwachen Region ein prosperierender Landkreis geworden ist, der landesweit führende Positionen in Sachen Breitbandausbau, ÖPNV-Angebot, erneuerbare Energien und Gesundheitsversorgung einnimmt, ist das Resultat einer integrativen Kreispolitik, die sich immer den Herausforderungen ihrer Zeit gestellt hat.

Die Erfolgsgeschichte des Alb-Donau-Kreises, liebe Kreisrätinnen und Kreisräte, soll uns als Vorbild für die kommenden Jahre dienen. Mit Blick auf das Machbare sichern wir den Standort Alb-Donau-Kreis für die Zukunft und entwickeln ihn nachhaltig und generationengerecht weiter. Eine starke Wirtschaft, Klimaneutralität und Energieautarkie, ein hoher Digitalisierungs- und Bildungsgrad sowie der Erhalt einer flächendeckenden medizinischen Versorgungs- und Pflegestruktur sind die Ziele, die wir erreichen wollen.

Ich bin überzeugt, dass uns dies gelingen wird. Der kommunale Zusammenhalt in unserem Landkreis ist vorbildlich und eine wichtige Voraussetzung dafür, die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Denn diese lassen sich nur gemeinsam bewältigen.

Für Ihr großes Engagement und Ihre Arbeit für die Bevölkerung des Alb-Donau-Kreises danke ich Ihnen, liebe Kreistagsmitglieder, an dieser Stelle ganz herzlich. Wir, Kreistag und Kreisverwaltung, haben in den vergangenen Jahren bereits viele wichtige Zukunftsvorhaben angestoßen oder verwirklicht. Ich hoffe, dass dies für Sie Ansporn ist, sich auch bei der Kreistagswahl im nächsten Jahr wieder in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Mich würde es freuen.

Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und besonders auch den Führungskräften, meinem Stellvertreter Markus Möller, den Dezernatsleitungen Johannes Müller, Stefan Tluczykont und Dr. Michelle Flohr sowie unserem Kommunalamtsleiter Stefan Freibauer. Ebenso danke ich allen, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben, zuvorderst unserem Finanzdezernenten Johannes Müller mit seinem Team um Verena Bicker.

Ihnen allen danke ich für Ihre nachhaltig engagierte Arbeit als Kreisrätinnen und Kreisräte – zweifellos eine große Stärke unseres Kreises. Ich freue mich auf die anstehenden Beratungen und Beschlüsse.